

# Streit ums Tafelsilber

Lvz

29.11.06

## Privatisierungsgegner wollen Stadtwerke-Verkauf mit Bürgervotum stoppen

Der Streit um die Privatisierung von Leipzigs Stadtfirmen droht zu eskalieren. Denn die Gegner des Vorhabens denken immer lauter darüber nach, ein Bürgerbegehren zu initiieren. Wenn es dazu kommt, werden die Leipziger befragt - und der Privatisierungsfahrplan wird sich um Monate verzögern oder ganz zunichte gemacht.

Die Privatisierungsgegner wurmt, wie Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) die Anteilsverkäufe im Rat durchgeboxt hat: Weil absehbar war, dass er für seinen Vorstoß nicht genug Stimmen bekommt, hatte er mit CDU-Fraktionschef Alexander Achminow verhandelt, dem Jungs Privatisierungsvorschläge nicht weit genug gingen. Um die Stimmen der CDU zu gewinnen, akzeptierte Jung zusätzlich zur Teilprivatisierung der Stadtwerke einen Anteilsverkauf an der Stadt-Holding Leipziger Versorgungsgesellschaft (LVV). Der Plan ging auf und der Grundsatzbeschluss zur Privatisierung kam mit zwei Stimmen Mehrheit durch den Stadtrat. Die Folge: Jetzt müssen neben den Stadtwerkern auch die Wasserwerker, die Mitarbeiter der Leipziger Verkehrs-

betriebe und der Stadtreinigung mit privaten Eigentümern rechnen. „Wir diskutieren mit den betroffenen Belegschaften, wie wir nach diesem Beschluss vorgehen“, erklärte Verdi-Betriebsratsvorsitzender Bernhard Krabiell die Lage. Angesichts der knappen Entscheidung im Rat werde auch über die Durchführung eines Bürgerbegehrens und eines Bürgerentscheides geredet. „Wir haben das bisher nicht initiiert,

aber wir sind offen dafür“, betonte der Gewerkschafter.

Auch die Leipziger Linkspartei liebt es mit einem Bürgerbegehren. „Ich begrüße so ein Verfahren schon prinzipiell“, stellte Stadtchef Volker Külow in dieser Woche klar. „Unser Vorstand hat diese Frage auch schon diskutiert und steht dem Thema positiv gegenüber. Als Partei können wir ein Bürgerbegehren nicht beantragen, aber wenn sich die

Anti-Privatisierungsinitiative Leipzig dazu entschließt, werden wir sie unterstützen“, so Külow.

Die Anti-Privatisierungsinitiative Leipzig (April) ist ein Bündnis, dem Gewerkschafter wie Krabiell angehören, linke Politiker wie Külow und Vereinigungen wie Attac Leipzig. Attac ist ein globalisierungskritisches Netzwerk und befürwortet ein Bürgerbegehren. „Wir sind dafür, die Bürger entscheiden zu lassen“, erklärte Jens Naumann, der Attac im Bündnis April vertritt. „Aber ob es durchgeführt wird, entscheidet die Initiative. Schließlich ist so ein Bürgerbegehren nur erfolgreich, wenn es viele Leute organisieren. Ob sich dafür genügend Helfer mobilisieren lassen, muss vorher genau geprüft werden.“ Die Initiative will noch in dieser Woche darüber beraten.

Privatisierungsgegner wie Verdi-Funktionär Krabiell spielen noch andere Szenarien durch. Sie hoffen, dass das locker geschmiedete Zweckbündnis von SPD und CDU von allein zorbricht. „Die Kriterien des Privatisierungsbeschlusses sind so widersprüchlich, dass sie einfach nicht umzusetzen sind“, glaubt der Gewerkschafter.

Andreas Tappert  
Lesen Sie dazu auch den Standpunkt.

### STICHWORT: BÜRGERENTSCHEID

Ein Bürgerentscheid kann durchgeführt werden, wenn dies zuvor durch ein Bürgerbegehren beantragt wird. Das Bürgerbegehren muss gemäß Hauptsatzung der Stadt Leipzig mindestens von fünf Prozent der wahlberechtigten Leipziger unterzeichnet sein. Nach Auskunft des Amtes für Statistik und Wahlen sind dafür derzeit in Leipzig die Unterschriften von rund 20 000 wahlberechtigten Bürgern erforderlich. Richtet sich das Bürgerbegehren gegen einen Beschluss des Stadtrates, muss es innerhalb von zwei Monaten nach der öffentlichen Bekanntgabe des Beschlusses eingereicht werden. Die

Frist zum Privatisierungsbeschluss läuft demnach zwei Monate nach Bekanntmachung des umstrittenen Ratsbeschlusses vom 15. November aus. Kommen bis dahin genügend Stimmen zusammen, muss der Stadtrat über die Zulässigkeit des Bürgerentscheides entscheiden. Im Falle der Zulässigkeit ist der Bürgerentscheid innerhalb von drei Monaten durchzuführen. Bei ihm muss sich die Mehrheit, mindestens aber 25 Prozent der wahlberechtigten Leipziger für die Aufhebung des Privatisierungsbeschlusses aussprechen. Das wären derzeit rund 100 000 wahlberechtigte Leipziger.